



Bern, 26. April 2017

Sessionsvorschau Sondersession 2017

Sondersession Nationalrat

Di, 2.5.	Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Änderung (16.055)
----------	--

Parlamentarische Initiativen

Di, 2.5., Mi, 3.5. oder Do, 4.5.	Pa.iv. Fraktion BD. Anstossfinanzierung für Tagesschulen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Unterstützungsfokus auf regional angepasste Modelle inklusive Ferienlösungen (15.420)
Di, 2.5., Mi, 3.5. oder Do, 4.5.	Pa.iv. Heim. Das Potenzial älterer Arbeitskräfte klug nutzen und klug stärken (WBK) (15.489)

Vorstösse aus dem EDI

Di, 2.5.	Po. Schmid-Federer. Pflegende Kinder nicht ausklammern (15.3456)
Di, 2.5.	Po. Kosten-Nutzen-Analysen von Elternzeitmodellen (15.3722 / 15.3680)
Di, 2.5.	Mo. Umfrage zum Vaterschaftsurlaub in der Schweiz (15.3734)

Vorstösse aus dem UVEK

Mi, 3.5.	Mo. Rickli Natalie. Der Bund soll nicht mehr Mehrheitseigner der Swisscom sein müssen (16.3157)
Mi, 3.5.	Po. Schwaab. Studie zum Stress am Arbeitsplatz in den Unternehmen des Service public (16.3448)

Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Änderung (16.055): Die familienergänzende Betreuung kostet Eltern in der Schweiz unverhältnismässig viel. Während die Vollkosten der Angebote in der Schweiz vergleichbar mit dem benachbarten Ausland sind, tragen Schweizer Eltern einen viel höheren Kostenanteil selber. Deshalb lohnt sich in der Schweiz die Erwerbstätigkeit beider Elternteile häufig nur bedingt oder gar nicht. Erschwerend ist auch, dass Eltern bei unregelmässigen Arbeitszeiten oder während der Schulferien kein passendes Betreuungsangebot finden. Der Bundesrat will deshalb für die nächsten Jahre die Kantone gezielt unterstützen, welche die finanzielle Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung für Eltern ausbauen. Zudem will er Projekte für Betreuungsangebote mit erweiterten Öffnungszeiten unterstützen. Der Ständerat hat den dafür vorgesehenen Verpflichtungskredit angenommen. Die Sozialkommission des Nationalrats beantragt, dem Ständerat zu folgen.

Eine besser nutzbare familienexterne Kinderbetreuung ist ein Schlüsselfaktor für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie und damit entscheidend, wenn es darum geht, den Fachkräftemangel mit einer höheren Erwerbsbeteiligung der Mütter zu bekämpfen. Ohne zusätzliche Investitionen geht dies nicht - sie lohnen sich aber.

- Der volkswirtschaftliche Nutzen von Kindertageseinrichtungen ist bestätigt: Pro investiertem Franken kommen langfristig 2.6 bis 3.5 Franken an die öffentliche Hand zurück. Am besten ist das Kosten-Nutzen Verhältnis für den Bund. Deshalb ist es angezeigt, dass der Bund bei der Finanzierung mithilft.¹
- Mit einer besseren Betreuungsinfrastruktur steigt die Anzahl Fachkräfte. Studien gehen für die nächsten Jahrzehnte von rund einer Million fehlender Fachkräfte aus. Eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades von Teilzeiterwerbstätigen wird nur erfolgen, wenn die Kosten der familienexternen Betreuung den zusätzlichen Lohn nicht vollständig verschlingen.²
- Eine gute familienexterne Betreuungsinfrastruktur fördert die Gleichstellung der Elternteile und begünstigt eine egalitäre Rollenteilung. Dies entspricht dem Wunsch vieler Eltern, insbesondere auch von Eltern, die heute kein egalitäres Rollenmodell leben.³

Eine Minderheit der vorberatenden Kommission vertritt die Meinung, die Situation könne alleine mit höheren Steuerabzügen für Drittbetreuungskosten gelöst werden. Deshalb sei die zusätzliche Anstossfinanzierung obsolet. Travail.Suisse befürwortet zwar die Steuerabzüge für Drittbetreuungskosten. Damit ist es aber bei weitem nicht getan. Denn obwohl der negative Einfluss der Steuern auf den Erwerbsanreiz gegeben ist, übersteigt ihn der Einfluss der hohen familienexternen Betreuungskosten meistens um ein Mehrfaches⁴. Die grössten negativen Erwerbsanreize bestehen in der Schweiz, weil die Kinderbetreuungskosten zu einem grossen Teil auf die Eltern überwälzt werden. Um dies zu ändern, braucht es die vorgeschlagene Anstossfinanzierung. Die beiden Vorlagen ergänzen sich und sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

➔ Travail.Suisse empfiehlt dem Nationalrat, seiner Kommission und auch dem Ständerat zu folgen und den dafür vorgesehenen Verpflichtungskredit anzunehmen.

¹ http://www.buerobass.ch/studienPopup_d.php?projektId=98

² <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-51498.html>

³ www.nfp60.ch und Lévy/Le Goff: Devenir parents, devenir inégaux. Transition à la parentalité et inégalités de genre.

⁴ Nachzulesen z.B. in Kurzfassung: Studie "Familienfreundliche Steuer- und Tarifsysteime – Vergleich der Kantone Basel-Stadt und Zürich" s. 9 http://www.personalradar.ch/wp-content/uploads/2012/08/Zusammenfassung-der-Gesamtstudie-Familienfreundliche-Steuer-und-Tarifsysteime.-Vergleich-der-Kantone-Basel-Stadt-und-Z%C3%BCrich_.pdf

Dienstag, 2.5., Mittwoch, 3.5. oder Donnerstag, 4.5.2017 - Parlamentarische Initiativen 1. Phase

Pa.IV. Fraktion BD. Anstossfinanzierung für Tagesschulen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Unterstützungsfokus auf regional angepasste Modelle inklusive Ferienlösungen (15.420): Nach wie vor gibt es je nach Region grosse Unterschiede im Angebot an Tagesschulen. Soll die Fachkräfteinitiative schweizweit greifen, braucht es auch auf dieser Ebene zusätzliche Bemühungen. Allenfalls kann das Anliegen der parlamentarischen Initiative später in die Vorlage 16.055 (siehe oben) integriert werden.

→ Travail.Suisse empfiehlt Annahme der Initiative.

Pa.IV. Heim. Das Potenzial älterer Arbeitskräfte klug nutzen und klug stärken (WBK) (15.489): Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklungen ist es absolut notwendig, dass das Parlament eine Politik entwickelt, welche das Potential der älteren Arbeitnehmenden klug nutzt und stärkt. Ohne eine solche Politik ist die Gefahr gross, dass ältere Arbeitnehmende (ab 45) aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, weil sie die neu vom Arbeitsmarkt verlangten Qualifikationen aufgrund ihrer „veralteten“ Ausbildung nicht mehr erlangen. Auch wenn diese Dequalifizierungen lange nicht alle älteren Arbeitnehmenden betreffen, so ist doch für die betroffenen Personen eine gezielte Politik Weiterbildung, der Weiterqualifizierung und der beruflichen Umschulungs- und Neuorientierungschancen zu entwickeln.

→ Travail.Suisse empfiehlt die parlamentarische Initiative zur Annahme

Dienstag, 2.5.2017 - Vorstösse aus dem EDI

Po. Schmid-Federer. Pflegende Kinder nicht ausklammern (15.3456): Dieses Postulat möchte einen wichtigen Aspekt der Care-Arbeit beleuchten: den der Kinder, die Angehörige betreuen. Zu diesem Thema ist nur wenig bekannt, Studien laufen momentan noch. In seiner Antwort versichert der Bundesrat, dass der Aktionsplan zur Unterstützung von betreuenden und pflegenden Angehörigen den spezifischen Bedürfnissen der betreuenden und pflegenden Kinder und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit schenken werde.

→ Travail.Suisse nimmt dies zur Kenntnis und wird aufmerksam beobachten, was das soeben vorgestellte Förderprogramm 2017–2020 bringen wird, das diese spezielle Bevölkerungsgruppe nicht explizit erwähnt.

Po. Kosten-Nutzen-Analysen von Elternzeitmodellen (15.3722/15.3680): Die beiden Postulate fordern den Bundesrat auf, eine Kosten-Nutzen-Analyse zu den langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen verschiedener Modelle von Elternurlaub und Vaterschaftsurlaub vorzulegen. Der Bundesrat erachtet eine solche Analyse als nicht zielführend, da eine solche Analyse zu viele unsichere Annahmen beinhalte. Travail.Suisse teilt diese Auffassung nicht. Gerade in Ländern, die eine Eltern- oder Väterzeit eingeführt haben (z.B. Schweden oder Deutschland) liegen genügend Daten vor, die man auswerten und mit geeigneten Anpassungen auf die Schweiz übertragen kann. Der Dachverband der Arbeitnehmenden ist der Auffassung, dass es endlich solidere Grundlagen zu den Wirkungen von Eltern- und Väterzeitmodellen braucht, insbesondere auch im Hinblick auf die zurzeit laufende Volksinitiative zum Vaterschaftsurlaub von Travail.Suisse und verschiedenen Männer-, Frauen- und Familienorganisationen (www.vaterschaftsurlaub.ch).

→ Travail.Suisse empfiehlt beide Postulate zur Annahme.

Mo. Umfrage zum Vaterschaftsurlaub in der Schweiz (15.3734): Der Bundesrat soll beauftragt werden, eine kommentierte Umfrage zur Situation in der Schweiz bezüglich Vaterschaftsurlaub durchzuführen. Es soll eine Analyse der Bedürfnisse der Väter sowie der gängigen Praxis des Bezugs von Vaterschaftsurlaub erstellt werden. Der Bundesrat erhofft sich davon keine allgemeingültigen Aussagen und lehnt eine solche Umfrage als zu komplex ab. Travail.Suisse widerspricht dem Bundesrat dezidiert: Zwar hat der Bundesrat in seinem Bericht von 2013 verschiedene Modelle zum Vaterschafts- und Elternurlaub dargestellt und einer Bewertung unterzogen. Was hingegen fehlt, ist eine Analyse der Präsenz der Väter und der Bedürfnisse der Familien während der ersten Lebenswochen und des ersten Lebensjahres eines eigenen Kindes. Fragen wie „Welche freiwilligen Leistungen gewähren Arbeitgeber? Wie viel Urlaub beziehen Väter? Wie viel bezahlter/unbezahlter Urlaub wird bezogen?“ werden nicht beantwortet. Eine solche Analyse kann per Stichprobenerhebung gemacht werden und liefert ein klareres Bild über die heutige Realität in Sachen Vaterschaftsurlaub. Dies ist angesichts der zurzeit laufenden Volksinitiative von Travail.Suisse und verschiedener Männer-, Frauen- und Familienorganisationen (www.vaterschaftsurlaub.ch) notwendig und leistbar.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mittwoch, 3.5.2017 – Vorstösse aus dem UVEK

Mo. Rickli Natalie. Der Bund soll nicht mehr Mehrheitseigner der Swisscom sein müssen (16.3157): Würde der Bund seine Mehrheitsbeteiligung abgeben, wäre die Bahn frei für die Privatisierung der Swisscom. Eine solche hätte erhebliche negative Auswirkungen auf den Service public. Angesichts der Unabhängigkeit ihres Verwaltungsrats und ihrer Konzernleitung ist für Swisscom die gegenwärtige Mehrheitsbeteiligung des Bundes kein Hindernis, sich auf dem Telekommunikationsmarkt zu behaupten. Ihr Erfolg zeigt dies deutlich.

→ Travail.Suisse empfiehlt wie der Bundesrat, die Motion abzulehnen.

Po. Schwaab. Studie zum Stress am Arbeitsplatz in den Unternehmen des Service public (16.3448): Das Postulat verlangt einen Bericht über die Gesundheit am Arbeitsplatz in den bundesnahen Unternehmen des Service public und deren Subunternehmen. Dabei soll der Schwerpunkt auf dem Stress am Arbeitsplatz, den krankheitsbedingten Arbeitsausfällen und der Entwicklung des Gesundheitszustandes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der letzten Jahre liegen. Psychosoziale Risiken und als Folge Stress und Burnout werden zu immer grösseren Belastungen der Arbeitnehmenden in der Arbeitswelt. Diverse Studien (z.B. Stressestudie des SECO und «Barometer gute Arbeit» von Travail.Suisse) belegen eine Zunahme von Stress in den letzten Jahren. Der Bund als Eigner der Unternehmen des Service public hat eine Verantwortung den Arbeitnehmern des Service public gegenüber. Gleichzeitig haben die öffentlichen Unternehmen aber auch eine Vorbildfunktion für andere Unternehmen, was die Arbeitsbedingungen im Allgemeinen und den Umgang mit Stress und psychosozialen Risiken im Speziellen betrifft. Ein Bericht zum Stress am Arbeitsplatz in den Unternehmen des Service public könnte mithelfen psychosoziale Risiken zu identifizieren und negative Entwicklungen zu verhindern.

→ Travail.Suisse empfiehlt dieses Postulat zur Annahme.